

Agrarfreihandel mit der EU: Wenig Gewinner, aber viele Verlierer

Die offizielle Schweiz will den Agrarfreihandel mit der EU, koste es, was es wolle. Im nahenden Herbst möchte Bundesrätin Doris Leuthard mit Brüssel über die gegenseitige Marktöffnung für Agrarprodukte verhandeln. Ihre Hauptargumente: Die Verkaufspreise von Lebensmitteln würden in der Schweiz um 25 Prozent reduziert. Zudem könnten die Exportchancen für landwirtschaftliche Produkte aus der Schweiz in die EU gesteigert werden.

Können diese vollmundigen Versprechen eingehalten werden? Handelt es sich – analog zur anvisierten Marktöffnung in der Strombranche – allenfalls um Fehleinschätzungen, oder handeln Bundesrat und Parlament weitsichtig? Werden die Verkaufspreise für landwirtschaftliche Produkte nach dem Freihandel tatsächlich purzeln, oder bleiben sie auf dem bisherigen Niveau stehen? Werden die Steuerzahler indirekt vermehrt zur Kasse gebeten? Die Beantwortung dieser kritischen Fragen ist bei sorgfältiger Analyse des EU-Agrarmarkts zum Teil bereits heute möglich und sehr ernüchternd. Nehmen wir das Beispiel des Früchte- und Gemüsemarkts. Die Verkaufspreise für Früchte und Gemüse sind in den Verkaufsläden der EU, in Italien, Frankreich, Deutschland oder Spanien – wie es viele Leserinnen und Leser bestimmt schon selbst in den

Ferien erfahren mussten – nicht günstiger als in der Schweiz, zum Teil eher teurer. Und dies trotz enormen EU-Subventionen an die Produktion, Einlagerung, Verarbeitung und Vermarktung von Früchten und Gemüse. Diese Subventionierung bewirkt, dass die Preise auf der Produktions- und Verarbeitungsstufe zwar nur halb so hoch sind wie in der Schweiz. Dafür liegen die Zwischenhandelskosten und die Margen des Detailhandels auf einem deutlich höheren Niveau. Das Versprechen von tieferen Konsumentenpreisen wird deshalb wohl kaum einzuhalten sein. Und die erhofften besseren Exportchancen? Sie dürften aufgrund der Hochpreisinsel Schweiz nur bei Spezialprodukten und in Nischenmärkten realisiert werden. Für die meisten landwirtschaftlichen Produkte bleiben sie eine Illusion.

Bundesrätin Leuthard versucht, den Schweizer Bauern den Freihandel mit Milliarden-subventionen schmackhaft zu machen. Bei einem Abkommen mit der EU sollen der Landwirtschaft aufgrund der hohen und wettbewerbsverzerrenden Investitionsbeihilfen der EU und der zu erwartenden vermehrten Importen zu Tiefstpreisen teure Begleitmassnahmen angeboten werden. Nur: Die Kosten dieser Politik – sie wären mit Sicherheit höher als die heutigen Agrarausgaben – müssten letz-

ten Endes die Steuerzahler bezahlen.

Es versteht sich von selbst, dass die Gewinner eines solchen Freihandels eigentlich nur der Importhandel und wahrscheinlich noch die Grossverteiler sein können. Sie werden am meisten profitieren. Die Verlierer sind die Bauern, weil gemäss Studien der Universität St. Gallen zumindest im Früchte- und Gemüsektor jeder dritte Betrieb aufgeben muss. Die Konsumenten, weil die versprochenen Preissenkungen nicht eingehalten werden können. Die Steuerzahler, weil zusätzliche Steuergelder benötigt werden. Und schliesslich die Schweiz, weil ihre Ernährungs-Souveränität empfindlich zurückgehen wird.

Der Schweizerische Obstverband schlägt deshalb vor, anstelle eines generellen Agrarfreihandelsabkommens die Weiterentwicklung der bilateralen Verträge Schweiz - EU zu prüfen. Gestützt auf die bestehende Evolutionsklausel sollen jene landwirtschaftlichen Sektoren liberalisiert werden, in denen die Vorteile beidseitig überwiegen und die betroffenen Branchen dies auch wünschen.

Bruno Pezzatti,
 Direktor Schweizerischer
 Obstverband, Zug

